



Haushaltssatzung für das Jahr 2015
Stellungnahme der Fraktion PRO Selfkant
(Vorgetragen von Mario Grüters)

Rechtliche Grundlagen: §78 der Gemeindeordnung für das Land NRW
(GO) in der zurzeit gültigen Fassung

Selfkant, 28. April 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Corsten,
werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
meine Damen und Herren der Presse:

„Finanzpolitik – das ist die Auseinandersetzung zwischen jenen Leuten, die eine Mark haben und zwei ausgeben wollen, und jenen anderen, die wissen, dass das nicht geht.“

Dieses Zitat des ehemaligen deutschen Politikers Manfred Rommel – im Übrigen jemand mit dem Parteibuch der CDU – trifft die momentane Situation innerhalb unserer Gemeinde aus Sicht von PRO Selfkant ziemlich genau.

Der uns vorliegende Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2015 weist im Ergebnisplan eine Unterdeckung von 905.650,- Euro aus. Zum erforderlichen Ausgleich wird die Allgemeine Rücklage um 2,26 % verringert. Zudem weist der uns vorliegende Verwaltungsentwurf eine geplante Kreditermächtigung in Höhe von 1.925.377,- € aus, was so viel heißt, dass unsere liquiden Mittel im Laufe des Haushaltsjahres aufgebraucht sind und wir im Rahmen unserer investiven Maßnahmen dazu gezwungen sind, neue Schulden in entsprechender Höhe zu machen. Dies wiederum führt logischerweise zu entsprechend höheren Zinsaufwendungen in den Folgejahren.

Auch die mittelfristige Ergebnisplanung lässt nichts Gutes verheißen. So wird beispielsweise für Ende 2016 im Ergebnisplan eine Unterdeckung von 1.734.450,- € ausgewiesen, was eine Verringerung der Allgemeinen Rücklage

von 4,43 % bedeutet. Des Weiteren weist der vorliegende Verwaltungsentwurf für 2016 eine weitere, geplanten Kreditermächtigung in Höhe von 1.245.200,- € aus. Demzufolge würde der neue Schuldenstand Ende 2016 bei 3.679.777,- € bzw. die Pro-Kopf-Verschuldung bei 368,24 € liegen - einem Wert, den wir bereits vor 15 Jahren einmal hatten und bis Ende 2014 kontinuierlich auf einen Wert von 74,73 € herunterfahren konnten. Infolge dessen steigen die damit verbundenen Zinsaufwendungen von 45.500,- € im Jahr 2014 auf prognostizierte 96.300,- € im Jahr 2017.

Hinzu kommt die Tatsache, dass uns nach wie vor für die Jahre 2013 und 2014 die geprüften Jahresabschlüsse fehlen. Folglich sind oben genannte Prognosen lediglich eine ungeprüfte Fortschreibung des letzten, geprüften Jahresabschlusses aus dem Jahre 2012. Somit setzt sich der in den vergangenen Jahren des öfteren zitierte, „finanzielle Blindflug“ unserer Gemeinde weiter fort. Die hierfür vielfach seitens des Bürgermeisters herangeführten Gründe bzw. Entschuldigungen lassen wir an dieser Stelle ausdrücklich nicht mehr gelten. Über 6 Jahre sind nunmehr seit dem Stichtag für die Einführung des NKF vergangen. Aus unserer Sicht ein mehr als ausreichender Zeitraum, hätte man dieses Thema von Anfang an mit der nötigen Ernsthaftigkeit und Professionalität angepackt. 6 Jahre, in denen wir als Ratsherren immer wieder dazu genötigt wurden Entscheidungen mit erheblicher, finanzieller Tragweite zu treffen, obgleich uns niemand einen detaillierten Stand unserer tatsächlichen Finanzsituation nennen konnte. In diesem Zusammenhang sei an dieser Stelle exemplarisch der zwischenzeitlich erfolgte Um- und Erweiterungsbau unseres Rathauses genannt.

In jedem Privatunternehmen würden die vorangegangenen Missstände zwangsläufig dazu führen, dass die hierfür verantwortlichen Personen zur Rechenschaft gezogen würden, oder um es noch drastischer auszudrücken, es würden höchstwahrscheinlich „Köpfe rollen“.

Auch würde jedes privatwirtschaftliche Unternehmen ob der vorgenannten, düsteren Prognosen mit Sicherheit alle erdenklichen Mittel ergreifen, um dem Negativtrend entgegenzusteuern. Dies sollte man, aus unserer Sicht, im Übrigen auch von jedem verantwortungsbewusst handelnden Politiker erwarten können. Auch wenn es an dieser Stelle erforderlich ist, unpopuläre Entscheidungen zu treffen.

In diesem Zusammenhang wurde seitens PRO Selfkant in der Vergangenheit mehrfach gefordert, dass alle geplanten Investitionen sowie freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand gehören. Auch der zuvor behandelte, fraktionsübergreifende Antrag der Oppositionsparteien, einer zumindest

zeitweisen Aussetzung der Vereinszuschüsse, ist daher lediglich die logische Konsequenz aus den vorgenannten Schilderungen. Hierzu kann ich allen Anwesenden versichern, dass uns dieser Schritt keinesfalls leicht gefallen ist, da wir uns durchaus dessen bewusst sind, was unsere Vereine für das gesellschaftliche Leben in unseren Orten leisten.

Auch die zuletzt durch die Damen und Herren der CDU im Alleingang beschlossenen Steuererhöhungen um 85 Prozentpunkte bei der Grundsteuer B, hätten wir als mögliches Instrument der Haushaltskonsolidierung mitgetragen. An dieser Stelle hätten wir jedoch im Vorfeld eine ernsthafte Debatte mit Bezug auf mögliche Einsparpotentiale erwartet. Da es diese Debatte aus unserer Sicht nie wirklich gegeben hat, war es für uns naheliegend, dass es von Seiten der CDU nie geplant war, die zusätzlichen Mittel zur Haushaltskonsolidierung einzusetzen. Vielmehr geht es an dieser Stelle schlicht und ergreifend darum, die eigene Klientel weiter zu bedienen. Und dies letztlich auf Kosten der Allgemeinheit.

Hier stellt sich uns jedoch die Frage, wer am Ende die ehrlichere Politik betreibt. Derjenige, der unseren Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein über unseren aktuellen, wirtschaftlichen Handlungsspielraum einschenkt, oder derjenige, der auf Biegen und Brechen so weitermachen will wie bisher und damit mittelfristig billigend in Kauf nimmt, dass er damit unseren Bürgerinnen und Bürgern eine stetig steigende Schuldenlast in Verbindung mit einer damit einhergehenden, stetig steigenden Steuerbelastung aufbürdet. Eine Bürde, die letztlich insbesondere unsere Kinder mit aller Härte treffen wird und schlussendlich im Haushaltssicherungskonzept und damit mit dem Verlust der politischen Handlungsfähigkeit enden wird.

Letzteres scheint offensichtlich bei den Damen und Herren der CDU Fraktion der Fall zu sein, denn obwohl der uns vorgelegte Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung bereits erhebliche Kreditaufnahmen und einen damit einhergehenden, drastischen Anstieg der Schulden beinhaltet, hält dies die Vertreter unserer Mehrheitsfraktion nicht davon ab, schon für das Jahr 2015 eine Erhöhung der Kreditermächtigung von ursprünglich geplanten 1.925.377,- € auf nunmehr insgesamt 3.258.750,- € zu beantragen. Rechnet man nun noch die in 2016 geplante Kreditaufnahme in Höhe von 1.245.200,- € hinzu, so ergibt sich Ende 2016 ein geplanter Schuldenstand von nunmehr etwas mehr als 5 Mio. € bzw. eine Pro-Kopf-Verschuldung von ca 500,- €. Dies entspricht in etwa dem Schuldenstand des Jahres 1998, der laut unseren Informationen der höchste im Selfkant war.

Ernsthaft beabsichtigte Konsolidierungsmaßnahmen sind für uns weiterhin nicht in Sicht.

In diesem Zusammenhang würden wir gerne nochmals eine Aussage des bereits eingangs unserer Haushaltsrede zitierten ehemaligen deutschen Politikers Manfred Rommel aufgreifen der einmal gesagt hat:

„Sparen heißt, Geld, das man hat, nicht auszugeben. Bei uns geht es aber darum, Geld, das wir nicht haben, nicht auszugeben, und das nennt man Realismus. Ich darf dies vielleicht in der Sprache der Mengenlehre erläutern: Wenn man aus einer Kasse, in der 100 Mark drin sind, 300 Mark rausnimmt, muss man erst 200 Mark reintun, damit nichts mehr drin ist.“

Ein Satz, und da spreche ich insbesondere die Damen und Herren der CDU-Fraktion an, über den es sich sicherlich lohnt einmal ernsthaft nachzudenken.

Was nutzen uns am Ende die tollsten Bürgerhäuser wenn wir auf der anderen Seite in einem Schuldenberg ersticken, der wiederum zu einer extremen steuerlichen Belastung unserer Bürgerinnen und Bürgern führt.

Meine Damen und Herren,

auf der Basis der vorangegangenen Ausführungen sehen wir uns nicht in der Lage, diesem Haushalt zu zustimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.